

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Einführung / Benutzerhinweis	III
A. „Nach der Wahl ist vor der Wahl“	1
B. Wann beginnt der Wahlkampf?	4
Tabelle 1: Zeitvorgaben zur Bestimmung der Wahlkampfphase	6
C. Wahlprüfungsrecht	7
I. Wahlprüfung	7
II. Rechtsprechungsbeispiel zu den Arten der Wahlbeeinflussung	8
D. Der Amtsträger im Wahlkampf – Rechtliche Rahmenbedingungen des Verbots amtlicher Wahlbeeinflussung –	12
I. Pflicht zur Neutralität und Mäßigung	12
II. Welche Personen sind der Neutralitätspflicht unterworfen?	16
- Die Personen im Einzelnen -.....	16
1. Neutralitätspflicht der Verwaltung?.....	17
2. Binden Beschränkungen des Wahlkampfes durch den Rat auch den Bürgermeister?	18
3. Neutralitätspflicht von Mitgliedern der Vertretung?.....	19
4. Neutralitätspflicht des Bezirksvorstehers / Bezirksbürgermeisters?	20
5. Neutralitätspflicht des Ortsvorstehers / Ortsbürgermeisters?.....	21
III. Handeln in privater oder amtlicher Eigenschaft	22

V

1.	Grundsätze	22
2.	Abgrenzungskriterien private – amtliche Äußerung	22
3.	Beispiele aus der Rechtsprechung	23
3.1	Fallgruppe „Leistungs- und Erfolgsbilanzen / Werbung in Amtsblättern“ ..	23
3.2	Fallgruppe „Unterstützungshandlungen / Wahlaufrufe“	40
3.3	Fallgruppe „Wahlkampf und kommunale Presse- / Öffentlichkeitsarbeit“ ..	91
3.3.1	Grundsätze der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf	91
3.3.2	Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen im Internet	100
3.3.3	Praxisbeispiele	101
a.	Praxisbeispiel zur „Pressearbeit“	101
b.	Praxisbeispiel zur „Öffentlichkeitsarbeit im Amtsblatt“	102
c.	Praxisbeispiel zum „Tag der offenen Tür“	104
d.	Praxisbeispiel zur „Öffentlichkeitsarbeit außerhalb des Wahlkampfes“ ..	108
3.4	Sonstige Beispiele für Verstöße gegen die Chancengleichheit / Nutzung dienstlicher Mittel für den Wahlkampf	111
IV.	Unwahre Werbeaussagen über Eigenschaften der eigenen Person / Angabe des Berufs im Wahlvorschlag	117
1.	Unwahre Werbeaussagen über Eigenschaften der eigenen Person	117
2.	Berufsangabe im Wahlvorschlag: erlernter oder ausgeübter Beruf?	118
V.	Zusammenfassung und Checkliste	119
1.	Zusammenfassung	119
2.	Checkliste	120
E.	Kandidatur von (Wahl-) Beamten für das Amt des (Ober-) Bürgermeisters / Landrates	123
F.	Urlaubsanspruch zur Vorbereitung der Wahl?	125

G.	Absetzbarkeit von Aufwendungen im Wahlkampf bei (Ober-) Bürgermeister- / Landratskandidatur	126
H.	Öffentlichkeitsarbeit der Ratsfraktionen im Wahlkampf.....	128
I.	Zulässiger Umfang der Öffentlichkeitsarbeit kommunaler Fraktionen.....	128
II.	Grenze zwischen zulässiger Öffentlichkeitsarbeit und verdeckter / offener Wahlwerbung	129
I.	Spenden	131
I.	Wahlkampfspenden an Amtsträger	131
1.	Strafrecht	132
2.	Rechtsprechung zu § 331 StGB.....	133
3.	Beamtenrecht.....	136
II.	(Wahlkampf-) Spenden an Parteien	137
1.	Einführung.....	137
2.	Pflicht zur Rechenschaftslegung.....	138
3.	Die Behandlung von Spenden außerhalb des Rechenschaftsberichts ..	140
3.1	Annahme und Weiterleitungspflicht von Spenden.....	141
3.2	Spendenannahmeverbote.....	142
3.2.1	Annahmeverbote bis 2002	142
3.2.2	Erweiterungen durch das Änderungsgesetz 2002.....	143
a.	Spenden aus dem Ausland.....	144
b.	Spenden von kommunalen Fraktionen	144
c.	Spenden gegen Entgelt	145
d.	Spenden der Öffentlichen Hand.....	145

e.	Erwartungs- und Dankeschön-Spenden.....	146
f.	Spenden von Unbekannten.....	148
3.3	Weiterleitungspflicht bei bestehendem Spendenannahmeverbot.....	148
4.	Sponsoringleistungen und PartG.....	148
4.1	Behandlung durch das PartG.....	148
4.1.1	Verbuchung als Einnahme aus Veranstaltung oder sonstiger mit Einnahme verbundener Tätigkeit?.....	149
4.1.2	Einnahme als (anzeigepflichtige) Spende oder als (rechenschaftspflichtiges) Sponsoring?.....	149
III.	Anzeigepflichten.....	150
1.	„Ad-hoc-Publizität“.....	150
	- Auswirkungen der Änderungen auf die Bescheinigung für die Parteimitglieder -	151
2.	Strafvorschriften	151
	- Überblick über die Voraussetzungen -	151
3.	Die Voraussetzungen im Einzelnen.....	152
3.1	Objektive Voraussetzungen des § 31d Abs. 1 Nr. 1, 1. Alt., PartG.....	152
3.2	Objektive Voraussetzungen des § 31d Abs. 1 Nr. 1, 2. Alt., PartG.....	152
3.3	Objektive Voraussetzungen des § 31d Abs. 1 Nr. 2 PartG.....	153
3.4	Objektive Voraussetzungen des § 31d Abs. 1 Nr. 3 PartG.....	153
3.5	Subjektive Voraussetzungen des § 31d Abs. 1 PartG.....	153
4.	Ausschluss der Strafbarkeit.....	154
J.	Wahlkampf und öffentliche Einrichtungen.....	155
	- Ausschluss der Benutzung durch Widmungssatzung zulässig? -	159
K.	Zulässigkeit polemischer Meinungsäußerungen im Wahlkampf161	

- Grenze: Schmähkritik -	162
- Recht zum „Gegenschlag“? -	162
L. Rechtliche Rahmenbedingungen einzelner Wahlwerbemaßnahmen	164
I. Rechtsfragen der Plakatierung / Plakatwerbung.....	164
1. Chancengleichheit bei der Vergabe gemeindlicher Wahlwerbetafeln	165
2. Plakatierung / Informationsstände während des Wahlkampfes.....	167
Tabelle 2: Möglichkeiten der Zulassung von Wahlwerbung	169
3. Anspruch auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis	170
4. Zweckentfremdung einer Sondernutzungserlaubnis?	172
5. Sondernutzungserlaubnis und das Verbot der Mitgliederwerbung	174
6. Straßenverkehrsrechtliche Fragestellungen.....	177
7. Vereinbarungen zur Selbstbeschränkung bei Wahlwerbung.....	178
8. Vorgehen gegen „wildes Plakatieren“	180
9. Plakatwerbung und Verwendung von Wappen	183
9.1 Rechtliche Rahmenbedingungen	183
9.2 Praktische Hinweise für die Wahlbewerber	184
9.3 Genehmigungsmöglichkeiten	184
9.4 Zuständigkeiten.....	185
9.5 Rechtsanspruch auf Verwendung des Wappens?	185
10. Zulassung von Wahlwerbung vor einem Wahllokal / Anwesenheit von Wahlbewerbern im Wahllokal	186
11. Verteilen von Druckschriften	188
12. Erhebung von Sondernutzungsgebühren während des Wahlkampfes?.	188
13. Wahlwerbung und Sponsoring	190

13.1	Wahlwerbung und kommerzielle Zwecke	190
13.2	Wahlwerbung und karitative Zwecke	192
14.	Plakatierung und Informationsstände außerhalb des Wahlkampfes.....	193
15.	Sondernutzungsgebühren außerhalb des Wahlkampfes?	195
II.	Wahlwerbung und Bau(ordnungs)recht	196
III.	Rechtsfragen des Wahlkampfes „an der Haustür“	198
1.	Einwurf politischer Werbung in Briefkästen (Briefkastenwerbung)	198
1.1	Beispiel aus der Rechtsprechung	199
1.2	Hinweis und Empfehlung für die Praxis vor Ort	201
2.	Grundsätze der Briefkastenwerbung auf das Verteilen von Ortsverbandszeitungen anwendbar?	202
3.	Anbringen von Türanhängern.....	202
4.	Persönliche Vorsprachen (Hausbesuche)	203
IV.	Telefonwahlwerbung.....	203
	- Rechtswidrige Telefonanrufe durch politische Partei -	203
V.	Elektronische Wahlwerbung	205
1.	Wahlwerbung per Telefax.....	205
2.	Wahlwerbung per E-Mail / SMS	206
M.	Wahlwerbung und Medien	209
I.	Wahlwerbung und Presse.....	209
II.	Wahlwerbung im Rundfunk I (Hör- / Lokalfunk)	210
III.	Wahlwerbung im Rundfunk II (Fernsehen).....	211

1.	Praktische Umsetzung der abgestuften Chancengleichheit	212
2.	Ansprüche der Parteien gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk.....	213
3.	Ansprüche der Parteien gegenüber dem privaten Rundfunk	214
IV.	Inhaltliche Überprüfung von Wahlwerbesspots	216
V.	Fernsehduell im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.....	221
N.	Anforderung von Wähleranschriften	223
	- Gebührenpflicht für Melderegisterauskünfte? -	225
O.	Rechtsschutzmöglichkeiten von Einzelbewerbern und Parteien während des Wahlkampfes	226
I.	Rechtsschutz bei ehrverletzenden Äußerungen	226
II.	Rechtsschutz bei Nichtzulassung zu öffentlichen Einrichtungen ...	227
1.	Was ist eine „öffentliche Einrichtung“?	228
2.	Unterschied, ob öffentliche Einrichtung hoheitlich oder privatrechtlich betrieben wird?.....	228
3.	Richtige Antragsart im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	229
4.	Anspruchsvoraussetzungen für eine Zulassung / Überlassung aus § 8 Abs. 1 GO NRW	229
III.	Rechtsschutz gegen Beseitigungsverfügung von Wahlwerbung / Wahlwerbeanlagen.....	231
IV.	Beteiligungsfähigkeit regionaler Gebietsverbände politischer Parteien	232

Anhang	234
I. Mustervorlage „Wahlkampfabkommen“	235
II. Erlass zur Lautsprecher- und Plakatwerbung.....	237
III. Muster-Bekanntmachung „Wahlwerbung“.....	240
IV. VV zur LBauO NRW – Anlagen der Außenwerbung und Warenautomaten	241
V. Korruptionserlass des Innenministeriums	242
VI. Runderlass des Innenministeriums zur Neutralitätspflicht	245
VII. Beispiel „Satzung über die Verwendung des Gemein- dewappens / Führung der Gemeindebezeichnung i.V.m. einem Gewerbebetrieb“	248
VIII. Beispielsatzung „ Führung und Verwendung des Stadt- wappens und des Dienstsiegels“	252
IX. StGB NRW-Mustersatzung „Sondernutzungen“	256
X. Beispiel „Sondernutzungssatzung“	268
XI. Beispiel „Richtlinien zur Sondernutzung“ mit der Festlegung von Sperrgebieten	275
XII. Grafische Darstellung der Sperrzonen	279
Stichwortverzeichnis.....	286